
Parteispenden von Unternehmen – Keine Annahme von CS-Geldern!

Die Wirtschaft und die Reichen können immer stärker politische Entscheidungen beeinflussen. Bis auf die gesetzlich festgelegten Fraktionsbeiträge erhalten die Schweizer Parteien heute keine finanzielle Unterstützung des Staates. Die Wirtschaftsspitze findet deshalb in den bürgerlichen Parteien immer wieder dankbare Abnehmerinnen für ihre Millionen. Unter welchen Bedingungen dieses Geld fliesst, ist spätestens seit Bekanntwerden der Spendenpraxis der Grossbanken klar: Die Grossbank erstellt eine Liste mit den für sie wichtigen Abstimmungen, die Anzahl „richtiger“ Stimmen der Nationalräte und Nationalrätinnen wird dann mit einem festgelegten Fixbetrag multipliziert. Mit anderen Worten: Jeder bürgerliche Parlamentarier und jede Parlamentarierin weiss bei jeder Abstimmung genau, welche Entscheidung für ihre Parteikasse ein finanzielles Plus oder Minus bedeutet.

Vor einigen Wochen hat nach der Raiffeisen nun auch die Credit Suisse ihre Spendenpraxis geändert. Neu möchte sie allen im Parlament vertretenen Parteien, nach Stärke, einen fixen Beitrag spenden. Davon betroffen wäre demnach auch die SP. Angesichts der bekannten Firmen-Politik von Unternehmen wie der CS sollte diese Praxisänderung uns stutzig machen. Kein Unternehmen, welches nach Profitlogik funktioniert, verschenkt einfach so Geld, ohne etwas dafür zu wollen - seien dies "richtige" Abstimmungsergebnisse oder auch einfach nur eine Imageaufbesserung.

Wir können uns nicht darauf verlassen, dass diese Unternehmen nicht weiterhin im Verdeckten zusätzliche Gelder zu den bürgerlichen Parteien und Komitees schieben, und wir wissen nicht, was mit den Geldern passiert, welche an politische Kampagnen oder an Verbände fließen.

Wir müssen uns zudem die Frage stellen, woher dieses Geld der Unternehmen kommt und mit welchen Methoden es erwirtschaftet wurde. Es ist bekannt, dass etwa die Grossbanken ihren Profit mit illegalen Mitteln erwirtschaften und in anderen Ländern Menschen und Umwelt mit widrigsten Methoden ausbeuten. Im heutigen Finanzsystem werden absurd hohe Renditeansprüche gestellt und durchgesetzt, die darüber hinaus keine realwirtschaftliche Grundlage mehr haben. Dennoch müssen die Ansprüche aus real produzierten Werten bedient werden. So findet eine Umverteilung von unten, nach oben statt, das heisst von Menschen die durch ihre Arbeit einen realen Wert produzieren, an jene, die durch Spekulation immer grösseren Reichtum akkumulieren können. Während der Reichtum einiger immer weiter wächst, manifestiert sich bitterste Armut. Durch Geschäfte, wie Nahrungsmittelspekulation werden Milliarden verdient, während in anderen Teilen der Welt, wegen steigenden Preisen Hungersnöte ausbrechen. Leidtragende sind all jene, die an ihrem Arbeitsplatz ausgebeutet werden, ebenso wie jene, denen eine Arbeit ganz verwehrt bleibt. Länder, deren Wirtschaft nicht konkurrenzfähig ist, haben keine Chance in diesem System zu bestehen. Ob die Geschäfte von Credit Suisse und Co. legal sind oder nicht, ihre Geschäftspraxis basiert auf Ausbeutung, zementiert Ungleichheit und Ungerechtigkeit, und hat somit keinerlei Legitimität. Die Interessen solcher Abzocker-Konzerne widersprechen unseren Vorstellungen von einer gerechten Welt diametral

In Bezug auf die mögliche Annahme von Spenden von Unternehmen müssen wir ganz klare Regeln und Bedingungen aufstellen, die erfüllt werden müssen:

- Das Unternehmen erwirtschaftet seinen Gewinn mit sauberen Methoden. Das heisst, keine Geschäfte mit Schwarzgeld, keine Massenentlassungen aus Profitgier, Einhaltung von

sozialen und ökologischen Standards und Einhaltung der Gesetze in der Schweiz wie im Ausland.

- Das spendende Unternehmen teilt die Gesamtsumme an Spendengelder gemessen an der Anzahl der ParlamentarierInnen auf die Parteien auf. Gleichzeitig verpflichtet es sich, keine zusätzlichen Gelder an Parteien, politische Kampagnen oder an politisch agierende Verbände zu spenden.
- Die Spende darf niemals an Bedingungen geknüpft werden. Das Unternehmen muss sich zudem bei der Zahlung auf einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren verpflichten, damit kein Druck ausgeübt werden kann.
- Eine finanzielle Abhängigkeit von Firmenspenden muss vermieden werden. Das gespendete Geld muss in der Partei in zusätzliche Kampagnen oder Projekte fliessen und darf nicht für den ordentlichen Betrieb verwendet werden.
- Parteispenden von Abzockern wie der Crédit Suisse müssen direkt durch das Unternehmen an Hilfswerke bzw. Entwicklungsprojekte überwiesen werden, denn in Entwicklungsländern sind die negativen Auswirkungen der Ausbeutung durch Grosskonzerne und die Finanzindustrie am schlimmsten. Somit weisen wir auf die unhaltbaren Zustände hin, die durch solche Konzerne mit verursacht werden. Die SP darf solche Spenden unter keinen Umständen für sich, oder irgendeines ihrer, oder anderer in der Schweiz tätigen Projekte annehmen.

Unser Ziel: Eine staatliche Parteienfinanzierung

Für uns bleibt aber immer klar: Unabhängig davon, unter welchen Bedingungen Unternehmen Parteien finanziell unterstützen, ist wenn, dann nur eine Übergangslösung. Politik muss durch die Gesellschaft getragen werden. Unternehmen sind keine gesellschaftlichen Akteure und dürfen ihre finanzielle Macht nicht zu ihrem Vorteil im politischen System nutzen können. Die Politik und damit auch die Parteien, welche einen substanziell wichtigen Beitrag zum Funktionieren unseres politischen Systems beitragen, müssen deshalb staatlich finanziert werden. Wir lassen uns nicht von den Karren der Grosskonzerne spannen und kämpfen weiter, für ein demokratisches Wirtschaftssystem, das auf weltweiter Solidarität basiert. Eine andere Welt ist möglich.